

Deutschland will sich bei Reisewarnungen in EU besser abstimmen

Deutschland will sich bei Reisewarnungen enger mit den EU-Partnern abstimmen. Eine europäische Herangehensweise sei zum Beispiel bei Corona-Schnelltests und Quarantäne-Auflagen nötig, sagte der Tourismusbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Thomas Bareiss, am Montag in Berlin.



Bild: Christian Wiediger / Unsplash

Grenzschiessungen - wie zu Beginn der Pandemie - müssten nach Möglichkeit mit regionalen Massnahmen verhindert werden. So sollten mehr Reisen als zuletzt möglich werden. «Es geht um viel», ergänzte Bareiss vor Beratungen der 27 EU-Staaten. Der Tourismus sei in der Pandemie weitgehend zum Erliegen gekommen, über sechs Millionen Menschen machten sich Sorgen, ihren Job zu verlieren.

«Unser Ziel ist es, Reisebeschränkungen auf das notwendige Mass zu begrenzen und den Menschen in Europa wieder eine möglichst grosse Reisefreiheit zu ermöglichen, ohne dabei den Gesundheitsschutz zu vernachlässigen», so Bareiss.

Allerdings gibt es Reisewarnungen für zahlreiche Länder in Europa oder zumindest einzelne Städte und Regionen. Hierfür ist innerhalb der Bundesregierung das Auswärtige Amt zuständig, während der Tourismusbeauftragte im Wirtschaftsministerium angehängt ist. Vor dem Krise stand der Tourismus für rund zehn Prozent der Wirtschaftskraft in Europa. (awp sda reu)

Publiziert am Dienstag, 29. September 2020